



Michele Henderson/Unsplash

ENTWICKLUNGS- FINANZIERUNG IN ZEITEN VON COVID-19 UND DANACH

Die Antwort der Vereinten Nationen

Durch die Coronakrise steht die internationale Gemeinschaft vor einem gewaltigen Trilemma: Bereits vor der Krise war die Finanzierung der Agenda 2030 nicht gesichert. Durch die Krise sind neue Aufgaben und Kosten hinzugekommen. Gleichzeitig hat die Wirtschaftskrise zu einem Einbruch der Finanzmittel geführt. Eine Lösung dafür zu finden, ist zentral für nachhaltige Entwicklung. Auch die Vereinten Nationen haben sich der Aufgabe gestellt.

Für die Agenda 2030 war die Coronakrise ein harter Schlag. Fast alle Bereiche nachhaltiger Entwicklung sind negativ von der Krise betroffen. Die extreme Armut ist nach Angaben der Weltbank 2020 das erste Mal seit 1998 wieder gestiegen, 2021 könnten mehr als 150 Millionen Menschen in die Armut zurückgefallen sein. Bei anderen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen sieht es fünf Jahre nach der Vereinbarung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ähnlich düster aus.¹

Der Zusammenbruch der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Ein Hauptgrund ist der massive Einbruch bei den verschiedenen Finanzierungsquellen für nachhaltige Entwicklung. Dieses zentrale Umsetzungsinstrument der SDGs, das deutlich mehr und Wichtigeres umfasst als die Mittel der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung, hat unter der Wirtschafts- und Finanzkrise schwer gelitten, die mit der Gesundheitskrise der COVID 19-Pandemie einherging. Im Frühjahr 2020, als die Wirtschaft in allen Weltregionen beinahe simultan heruntergefahren wurde und die Märkte in Panik ausbrachen, kam es zu einem gleichzeitigen Kollaps aller Säulen der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Diese Gleichzeitigkeit war bislang noch nie aufgetreten, noch nicht einmal in Folge der Weltfinanzkrise von 2007/08.

Mit dem Rückgang der Wirtschaftsaktivität brachen den Ländern des Globalen Südens die Steuereinnahmen weg, und damit auch die Möglichkeit, öffentliche Güter und Investitionen aus eigenen Ressourcen zu finanzieren. Besonders von Februar bis April 2020 haben private Investoren die Kapitalflucht aus dem Globalen Süden in vermeintlich sicherere Anlagehäfen in rekordverdächtige Höhen getrieben. Das hat die Wechselkurse in vielen Ländern gedrückt, und es für sie noch teurer gemacht, ihre schon zuvor erdrückende Last an Auslandsschulden zu tilgen.

Die Rohstoffpreise sind in der Coronakrise massiv gefallen, besonders für Erdöl. Für viele Länder des Globalen Südens sind Einnahmen aus Rohstoffexporten weiterhin die wichtigste Devisenquelle, aus denen wichtige Importe finanziert werden müssen, auch von Nahrungsmitteln und Gesundheitsgütern. Andere Länder wurden von einem Totalzusammenbruch des Tourismus getroffen, besonders die kleinen Inselstaaten. Nicht zuletzt hat der Globale Süden auch unter den Shutdowns des Nordens gelitten, denn höhere Arbeitslosigkeit hat zu einem Rückgang der Rücküberweisungen von MigrantInnen geführt, die vom Volumen her gut das Dreifache der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ausmachen.²

Bereits im Frühjahr 2020 haben die Vereinten Nationen errechnet, dass die Länder des Globalen Südens zusätzliche Unterstützung in Höhe von 2,5 Billionen US-Dollar bräuchten, um die oben genannten Ausfälle zu kompensieren, die zusätzlichen Herausforderungen durch COVID-19 zu stemmen, und gleichzeitig die Umsetzung der Agenda 2030 fortzusetzen.

Die Antwort der internationalen Staatengemeinschaft

Die Antwort der internationalen Staatengemeinschaft auf die Krise war zunächst relativ bescheiden. Zwar wurde vie-

lerorts schnell mit Konjunktur- und Rettungspaketen auf die Krise reagiert, allerdings ganz überwiegend auf nationaler Ebene, und daher in Ländern, die es sich leisten konnten. Bis Mai 2020 waren laut Internationalem Währungsfonds (IWF) bereits neun Billionen US-Dollar an fiskalischen Ressourcen zur Verfügung gestellt – eingeschlossen die Bundesregierung, die ihr Dogma der schwarzen Null (vorübergehend) aufgab. Mehr als 90 % davon entfallen allerdings auf die reichsten Länder, ganz nach dem Prinzip „JedeR ist sich selbst der bzw. die Nächste“.

Die G20 haben sich in der Krise als bemerkenswert handlungsunfähig erwiesen, gelähmt vom USA-China-Konflikt, der Krise des Multilateralismus allgemein und einer nicht übermäßig ambitionierten saudi-arabischen Präsidentschaft im Jahr 2020. Auf dem Sondergipfel im April konnte man sich lediglich zur einem Schuldenmoratorium für die 73 ärmsten Länder bis Ende des Jahres durchringen. IWF, Weltbank und andere Entwicklungsbanken fuhren zwar bei Krisenbeginn schleunigst die Kreditvergabe hoch, konnten dabei aber nur ihre existierenden Töpfe und Fazilitäten verwenden. Früh wurde vorgeschlagen, dass der IWF ähnlich wie nationale Zentralbanken die geldpolitische „Bazooka“ einsetzen sollte, und mittels einer außerordentlichen Emission von Sonderziehungsrechten (die IWF-eigene Weltwährung) frische Liquidität in den Globalen Süden pumpen sollte. Dafür kam aber im US-dominierten IWF-Vorstand keine nötige Mehrheit zustande. Bis Mai 2020 war klar, dass im Bereich des multilateralen Krisenmanagements weiter Handlungsbedarf besteht.

Der Beitrag der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen spielen bei Wirtschafts- und Finanzthemen nur die zweite oder dritte Geige hinter anderen Politikforen wie G20 oder IWF. Das zentrale Verfahren im UN-System dafür ist der Financing for Sustainable Development (FfD)-Prozess, der sich in jährlichen Foren mit der Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse der drei Weltkonferenzen zur Entwicklungsfinanzierung von Monterrey (2002), Doha (2008) und Addis Abeba (2015) befasst. Auch das FfD-Forum im April 2020 war von der Pandemie betroffen, wurde kurzfristig von einer viertägigen Präsenz- in eine einstündige virtuelle Veranstaltung verwandelt. Das Verhandlungsergebnis war bescheiden, das Ergebnisdokument enthielt keine Beschlüsse, die den Notwendigkeiten der Krise angemessen wären.

Anfang Mai überraschten dann UN-Generalsekretär António Guterres sowie die Premierminister von Kanada, Justin Trudeau, und Jamaika, Andrew Holness, die internationale Gemeinschaft mit der Ankündigung, kurzfristig ein hochrangiges Event zur „Entwicklungsfinanzierung in Zeiten von COVID-19 und danach“ einzuberufen (High-Level Event on Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond, HLE).³ Das war für die hoch formalisierten UN-Standards eine ziemlich ungewöhnliche Prozedur; normalerweise bedarf es der langwierigen Aushandlung von Modalitäten, die von der Generalversammlung in einer Resolution beschlossen werden müssen.

Das HLE fand am 28. Mai statt, unter Teilnahme von mehr als 40 Staats- und RegierungschefInnen und Direkto-



Eine virtuelle Konferenz am 8. September mit mehr als 70 FinanzministerInnen war das bisher größte Treffen dieser Art unter dem Dach der UN.

rInnen internationaler Organisationen. Darunter befanden sich illustre Persönlichkeiten wie IWF-Chefin Kristalina Georgieva, Weltbank-Direktor David Malpass, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Emanuel Macron, Boris Johnson und – erstmalig in ihrer 15-jährigen Amtszeit bei einem FfD-Event der UN – Angela Merkel. Thematisch behandelte das HLE ein breites Spektrum. Besonders die Notwendigkeit, eine neue Schuldenkrise zu bekämpfen, sowie die Liquiditätsengpässe im Globalen Süden stachen jedoch heraus.

Infolge des HLE wurden sechs thematische Arbeitsgruppen bei den UN eingerichtet. Zwei davon befassten sich mit Schulden, eine mit Liquidität, eine mit illegitimen Finanzflüssen (bspw. aus Steuerhinterziehung und -vermeidung), eine weitere mit externer Finanzierung allgemein, und die letzte mit dem zukunftsgerichteten Thema „Recovering Better for Sustainability“, also der Frage, wie der Wiederaufbau nach der Krise Agenda-2030-tauglich gestaltet werden kann. Die Gruppen waren als Multiakteursgruppen konzipiert, auch NGOs konnten ihre Ideen einbringen. Global Policy Forum zum Beispiel arbeitete bei den beiden Schulden-AGs mit. Die Bundesregierung konzentrierte sich überwiegend auf die „Recovering Better“-Gruppe.

Anfang August legten die AGs ein 132-seitiges Papier vor, das mehr als 200 Politikoptionen zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung enthält. Am 8. September wurde das Dokument auf einer virtuellen Konferenz diskutiert, bei der es der UN gelang, mehr als 70 FinanzministerInnen zu versammeln. Es handelt sich um das bisher größte Treffen von FinanzministerInnen unter dem Dach der UN. Ein beachtlicher Prozessserfolg, denn die Finanzressorts fremdeln traditionell mit der UN und bevorzugen die G20 oder den IWF als Forum.

Am 28. September fand ein weiteres HLE der Staats- und Regierungschefs bei der UN statt, um das „Menu of Options“ zu debattieren. Allerdings war nun, da Optionen auf dem Tisch lagen und es um tatsächliche Beschlüsse gehen konnte, die Präsenz schon geringer. Vor allem gelang es nie, die größten Wirtschaftsmächte USA und China zur Teilnahme zu bewegen. Ein drittes HLE, ursprünglich geplant für Dezember, wurde daher vorerst gestrichen, um den Ausgang der Wahlen in den USA abzuwarten.

Prozess hui, Ergebnisse bislang pfui

Mit dem „Menu of Options“ haben die UN die etwas verkrustete FfD-Debatte aufgebrochen und neue Ideen zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung eingebracht, die so schnell nicht wieder in der Versenkung verschwinden werden. Mit den beiden HLEs und dem FinanzministerInnen-treffen ist der UN ein beachtlicher Mobilisierungserfolg gelungen, der ihre Stellung auch gegenüber der G20 stärkt. Konkrete Beschlüsse wurden allerdings keine gefällt, wofür der Prozess auch nie formell mandatiert war. Von Seiten des Globalen Südens als auch von Nichtregierungsorganisationen werden daher Rufe lauter, einen UN-Sondergipfel über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft einzuberufen, einen Economic Reconstruction and Systemic Reforms Summit.⁴ Hier könnte die Bundesregierung dann auch ihre Ideen zum Recovering Better einbringen, um damit die Post-Corona-Welt mit der Agenda 2030 in Einklang zu bringen.



Bodo Ellmers

Der Autor ist Experte für Entwicklungsfinanzierung beim Global Policy Forum.

- 1 <https://www.globalpolicy.org/de/publication/agenda-2030-wo-steht-die-welt-5-jahre-sdgs-eine-zwischenbilanz>
- 2 Der Einfluss der Krise ist mittlerweile in zahlreichen Monitoring-Reports erfasst, siehe z. B. den Trade and Development Report 2020: https://unctad.org/system/files/official-document/tdr2020_en.pdf
- 3 Der gesamte Prozess und die genannten Dokumente sind dokumentiert auf <https://www.un.org/en/coronavirus/financing-development>
- 4 <https://csoforffd.org/global-economic-solutions-now/>

RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

1/2021

GLOBALISIERUNG '21 NEUE REZEPTUR, ALTE PROBLEME

VERHANDLUNGEN IN ALLER STILLE

Globale Umweltdiplomatie
in Zeiten der Pandemie

› Seite 25

G7 UND G20 2021

Die Clubs der Reichen
und der Großen zwischen
Anspruch und Realität

› Seite 22

BREXIT-DEAL

Demokratische Kontrolle
bleibt auf der Strecke

› Seite 9

KLIMANEUTRALES EUROPA

Was kann ein Kohlenstoff-
grenzausgleich leisten?

› Seite 13

ISSN 1864-0982